

Herausgeber: Deutscher Juristinnenbund e. V.

Präsidentin: Ursula Matthiessen-Kreuder, Rechtsanwältin, Bad Homburg (Präsidentin); Lucy Cheboul, Rechtsanwältin, Berlin; Verena Haisch, Rechtsanwältin, Hamburg (Vizepräsidentinnen); Petra Lorenz, Regierungsdirektorin i.R., Sinzheim (Schatzmeisterin); Prof. Dr. Maria Wersig, Hochschullehrerin, Hannover (Past Präsidentin) Schriftleitung: Anke Gimbal, Rechtsassessorin, Geschäftsführerin Deutscher Juristinnenbund e.V., Berlin.

DOI: 10.5771/1866-377X-2024-2-47

Feminismus gegen Rechtsextremismus – ein Thema für den djb

Dr. Stefanie Killinger, LL.M. (Lond.)

Vorsitzende der djb-Kommission Verfassungsrecht, öffentliches Recht, Gleichstellung; Präsidentin des Verwaltungsgerichts Göttingen

Der djb hat seinen (feministischen) Standort mit dem bei der letzten Mitgliederversammlung im September 2023 beschlossenen Leitbild bestimmt: Wir engagieren uns als rechts- und frauopolitischer Verband für Geschlechtergerechtigkeit und eine Gesellschaft ohne Diskriminierung. Wir übernehmen mit unserer Arbeit auf unterschiedlichen Rechtsgebieten in einer zunehmend digitalisierten Welt Verantwortung für unsere Gesellschaft und für eine lebendige Demokratie. Unser Ziel ist Gleichberechtigung in einer sozialen, gerechten und lebenswerten Gesellschaft.

Von diesem Leitbild ausgehend fordert der rechtspopulistische und rechtsextreme Antifeminismus jede von uns heraus. Für die Suche nach einer eigenen Haltung biete ich im Folgenden verschiedene Perspektiven an, die weder vollständig sind noch erschöpfend dargestellt werden. Ihnen gemeinsam ist, dass sie zeigen sollen, wie drängend es für uns ist, eine Haltung einzunehmen (und danach zu handeln). Ich beschreibe erstens den autoritären Gehalt des rechten Antifeminismus, der ihn quer stellt zum liberalen Verfassungsstaat. Zweitens zeige ich, wie der rechte Antifeminismus trotz eines gesellschaftlichen Konsenses über den Wert von Gleichstellung in der Mitte der Gesellschaft verfügt. Drittens versuche ich zu erklären, mit welchen Strategien es dem rechten Antifeminismus gelingt, ein politisches Angebot auch an Frauen zu machen.

1. Liberaler Staat und rechter Antifeminismus

Wie sehr der Antifeminismus zum globalen „Markenkern“ autoritär-populistischer, rechter und rechtsextremer Parteien,

Bewegungen und Politiker*innen gehört, ist in der sozialwissenschaftlichen Geschlechterforschung gut erforscht.¹ Auch der djb hat sich mit der Kampagne „Gleichstellung und Demokratie“ vor drei Jahren rund um den 44. Bundeskongress (2021) mit dem Zusammenhang von Antifeminismus und Demokratiegefährdung befasst.² Zuletzt gab es auch etliche erhellende Berichte über den Antifeminismus der AfD zu lesen.³

Rechter Antifeminismus ist das exakte Gegenstück sowohl zur liberalen als auch zur kritischen Position – und ist deshalb ein drängendes Thema nicht nur für die liberale Demokratie, in die wir als Jurist*innen sozialisiert worden sind, sondern auch für jede feministische Position. Als kritische Theorie ist sich Feminismus – bei aller Vielgestaltigkeit – einigermaßen einig darüber, dass liberale Kategorien Glaubensgewohnheiten maskieren, die irrationale und ungerechte Annahmen über Individuen, Gruppen und Handlungen fortschreiben und durch geschlechtsbezogene Wertvorstellungen patriarchalische Struk-

1 Zahlreiche Nachweise bei Mayer, Stefanie: Anti-Gender-Diskurse – vom „gesunden Menschenverstand“ zur „Politik mit der Angst“, in: Strube u.a. (Hrsg.): Antigenderismus in Europa. Allianzen von Rechtspopulismus und religiösem Fundamentalismus. Mobilisierung – Vernetzung – Transformation, 2021 (Open Access), S. 35 ff., dort Fn. 1.

2 djb: Kampagne Gleichstellung & Demokratie, 2021, online: <https://www.djb.de/kampagne-gleichstellung-und-demokratie> (letzter Zugriff für alle Links: 30.03.2024).

3 Vgl. Gebhard, David / Klaus, Julia: Wie sich die AfD „echte Frauen“ vorstellt, zdf heute v. 08.03.2024, online: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/afd-weltfrauentag-frauenbild-Antifeminismus-100.html>; Schmollack, Simone: Der Fake-Feminismus der AfD, Deutschlandfunk Kultur v. 20.01.2024, online: <https://www.deutschlandfunkkultur.de/kommentar-afd-fake-feminismus-deutsche-frauen-100.html>.

4 Z.B. MacKinnon, Catharine A.: Feminism Unmodified, Cambridge 1987, S. 93, 101 f.

turen verfestigen.⁴ Dahinter steht die Überzeugung, dass traditioneller Liberalismus dem öffentlich Politisch-Vernünftigen nicht ausreichenden Raum eingeräumt hat. Aber die damit einhergehende Forderung feministischer Positionen nach einem Mehr an Vernünftigem findet innerhalb des in sich moderaten, weil beständig zwischen dem Privaten und dem Öffentlichen abwägenden Staates statt.

Rechtsextremismus und Nationalkonservatismus hingegen kollabieren das Private in das Öffentliche und verschieben die Grenze so stark, dass sie das moderate Habitat des liberalen demokratischen Staates verlassen, ins Autoritäre kippen und dabei das Öffentliche im Lichte einer abenteuerlich regressiven Verengung lesen. Diese Verengung betrifft gerade die Rolle von Frauen. Frauen – Fertilität – Familie: Dieser assoziative Dreiklang prägt den Blick auf Frauen. Damit ist zum einen die individuelle Rolle von Frauen im Privaten gemeint, die ausschließlich in heteronormativen Paarbeziehungen vorgestellt wird. Die „traditionelle Familie“, bestehend aus Vater, Mutter und Kindern, ist das Leitbild. Damit ist zum anderen die Rolle der Frau in der Gesellschaft gemeint. Sie hat als Ehefrau und Mutter eine politische Rolle, weil sie die Familie als „Keimzelle der Gesellschaft“ – so die AfD in ihrem Programm, das man insoweit auch als Echo der nationalsozialistischen „Keimzelle der Volksgemeinschaft“ lesen kann – erst möglich macht. Das explizit atavistisch-patriarchalisch verstandene Private konstruiert hier den Raum des Öffentlichen in seinem Bilde.

Natürlich kommt es hier zu selbstverstärkenden Wechselbeziehungen. Wenn sich das Öffentliche aus dem regressiv Privaten ergibt, wirkt nun umgekehrt die normative Macht des Öffentlichen zurück auf private Verhältnisse, die sich diesem Bild nicht fügen. Das ist die autoritäre Folge der massiven Grenzverschiebung. Mit dem Frauenbild einher geht daher mindestens die Abwehr von Emanzipationsforderungen mit Bezug auf Geschlecht und/oder Sexualität.

Nur vordergründig widersprüchlich ist es, dass es gerade der Antifeminismus ist, der rechtspopulistische und rechtsextreme Positionen in ganz anderen – bürgerlichen, auch christlichen – Milieus hoffähig macht. Er erfüllt eine Scharnierfunktion⁵ in die Mitte der Gesellschaft hinein, wo Alltagserfahrungen vom Familienleben genauso wie Ängste vor dem Verlust von Privilegien und Untergangsszenarien (zum Beispiel mit dem Bild der „Selbstabschaffung“ „unserer angestammten Bevölkerung“⁶) bedient werden. Diese Scharnierfunktion wird ganz bewusst strategisch dafür genutzt, sich bürgerliche Milieus zu erschließen.⁷ So setzt sich etwa die AfD seit Jahren als „Familienpartei“ in Szene. Damit erlangen auch Rechtsextreme Einfluss auf Diskurse, von denen sie ansonsten ausgeschlossen sind.

2. Antifeministische Mobilisierung: Die „Gender-Ideologie“

Der zentrale Mobilisierungsbegriff rechtsextremer und rechtspopulistischer Strömungen gegen Feminismus und Gleichstellung und dagegen, die Vielfalt sexueller, geschlechtlicher und familiärer Lebensweisen und Identitäten als gleichwertig zu akzeptieren, ist der Begriff der „Gender-Ideologie“⁸. In diesem Diskurs wird „die Einsicht in die soziale Konstruktion und damit die

Veränderbarkeit von Zweigeschlechtlichkeit und Geschlechterverhältnissen vor dem Hintergrund der eigenen Überzeugtheit von der Naturhaftigkeit und Unveränderbarkeit von Geschlecht aufgegriffen und ins Groteske überzeichnet“.⁹ Dadurch gelingt es, den eigentlich in Deutschland vorhandenen übergreifenden Konsens über Gleichstellung mit einem „Triggerpunkt“ zu irritieren und letztlich zu unterminieren.¹⁰

Der umstrittene Begriff „Gender“, der zuletzt in Deutschland auf Schreibweisen reduziert worden ist, ist in der öffentlichen Wahrnehmung amorph genug, um mit allen möglichen Themen angereichert zu werden, die einen politischen Resonanzraum schaffen – etwa wenn behauptet wird, es handele sich um eine sozialistische Ideologie, die auf eine Gesellschaft ohne Unterschiede abziele,¹¹ wenn Antifeminismus und Antisemitismus verschränkt werden¹² oder Feminismus als Teil einer neokolonialen Verschwörung¹³ gelesen wird.

Der Antifeminismus im Gewand der Anti-Gender-Mobilisierung ist allerdings weder neu und noch ausschließlich rechts-extrem. Rechte Ideologie greift dabei vielmehr auf einen seit mindestens 30 Jahren laufenden internationalen Diskurs zurück, der maßgeblich von fundamentalistisch-katholischen Kreisen geprägt worden ist.

Der Ansturm auf den Begriff „Gender“ wurde von US-amerikanischen rechtskatholischen Gruppen bereits Mitte der 1990er auf der Weltbevölkerungskonferenz der UNO in Kairo (1994) eingeläutet und wird auf eine von der katholischen Kirche konzipierte diskursive Strategie zurückgeführt, die gegen

- 5 Mayer (Fn. 1), S. 36, mit Verweis auf Lang, Juliane: Familienpopulismus und Antifeminismus als Kitt zwischen extremer Rechter und „Mitte der Gesellschaft“, in: Dokumentation des Kongresses „Respekt statt Ressentiment. Strategien gegen Homo- und Transphobie“, Amadeu Antonio Stiftung und LSVD 2015, online unter: https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/kongressdoku/lsvd_2015_beitrag_von_juliane_lang.pdf.
- 6 Den Begriff habe ich der AfD-Website entnommen (dort unter „Themen & Positionen“/„Familie und Bevölkerung“). Vgl. dazu auch Botsch, Gideon / Kopke, Christoph: Der „Volkstod“. Zur Kontinuität einer extrem rechten Paranoia, in: Lang, Juliane / Peters, Ulrich (Hrsg.): Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt, Hamburg 2018, S. 63 ff.
- 7 Lang, Juliane: „Gender“ und „Genderwahn“ – neue Feindbilder der extremen Rechten, Bundesamt für politische Bildung 2017, online: <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/259953/gender-und-genderwahn-neue-feindbilder-der-extremen-rechten/>.
- 8 Vgl. beispielhaft Antrag der Fraktion der AfD: „Genderideologie – Gefahren von Bildung, Wissenschaft und Kultur abwenden“, v. 17.10.2023, BT-Drs. 20/8862.
- 9 Mayer, Stefanie / Ajanovic, Edma / Sauer, Birgit: Kampfbegriff „Gender-Ideologie“ – zur Anatomie eines diskursiven Knotens. Das Beispiel Österreich, in: Lang, Juliane et al (Fn. 6), S. 37, 40.
- 10 Mau, Steffen / Lux, Thomas / Westheuser, Linus: Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft, Berlin 2023.
- 11 Mayer, Stefanie et al (Fn. 12), S. 51, mit Verweis auf Reichel, Werner: Der Genderismus und seine Opfer, in: Günther, Christian / Reichel, Werner (Hrsg.): Genderismus(s). Der Masterplan für die geschlechtslose Gesellschaft, Wien 2015, S. 99 ff.
- 12 Vgl. Fedders, Jonas: „Die Rockefellers und Rothschilds haben den Feminismus erfunden.“ Einige Anmerkungen zum Verhältnis von Antifeminismus und Antisemitismus, in: Lang, Stefanie (Fn. 6), S. 213 ff.
- 13 Gago, Maria Veronica: Kartographie der Gegenoffensive. Das Gespenst des Feminismus, in: Brensell, Ariane u.a. (Hrsg.): Forum Kritische Psychologie: Krise, autoritäre Tendenzen, Subjektivität, Hamburg 2021, S. 77, 78 f., m.w.N.

die Gleichberechtigung von Frauen und LGBTIQ+¹⁴ Personen gerichtet ist.¹⁵ Indem das Konzept von Gender das binäre Geschlechtsmodell in Frage stellt, wird es als Angriff auf die Familie als traditionellem Ort der heteronormativen Reproduktion verstanden. Trans-Identitäten und -Körperlichkeiten gehören ebenso zum Feindbild wie die der Reproduktion gewidmeten Technologien. „Beide ‚Problematiken‘ werden als höhere Stufe der Gender-Ideologie mit ihrer zentralen Grundannahme der Entkoppelung von *sex* und *gender* dargestellt, die die christlich-anthropologisch-theologische Theorie von Komplementarität zwischen Männlichem und Weiblichem bedroht.“¹⁶ Aus Sicht der katholischen Kirche und inzwischen mancher evangelikaler Milieus¹⁷ bedroht der Gender-Begriff die göttliche Schöpfung. (Nur) aus dieser Warte ist zu verstehen, dass Papst Franziskus sich anlässlich einer Konferenz „Mann-Frau-Gottesbild. Für eine Anthropologie der Berufungen“ am 1. März 2024 dazu verstieß, dass die „Gender-Ideologie“ die „Menschlichkeit auslöscht“.¹⁸

In Europa überschneidet sich der innerkirchliche Diskurs, der immer auch ein kirchenpolitischer war, mit dem des Nationalismus und Rechtspopulismus. Auf internationaler Ebene konnte er mobilisieren, weil Gender erfolgreich mit Neoliberalismus gekoppelt wurde und damit eine elitäre, sozialfeindliche und zugleich triviale Konnotation erhielt.¹⁹ Die Bewahrung von Familie und Werten als positives Gegenprojekt liegt auf der Hand – und spricht weltweit auch viele aus bürgerlichen Milieus an. Das macht den Antifeminismus so attraktiv für rechtspopulistische und rechtsextreme Ideologien und Strategien. Sie werden ihn nicht aus der Hand geben wollen.

3. Rechte Frauen

Aus Sicht von Frauen, die sich ehrenamtlich für Gleichberechtigung und Gleichstellung der Geschlechter einsetzen, ist es schwer nachzuvollziehen, warum ein offen antifeministischer Diskurs auch bei Frauen erfolgreich sein kann. Dass das jedoch der Fall ist, macht sich bei der Wähler*innenschaft genauso bemerkbar wie bei Parteimitgliedern: So waren zwei Drittel der AfD-Wähler*innen bei der Bundestagswahl 2021 männlich²⁰ – ein Drittel aber eben nicht. Die AfD hat zwar den geringsten Frauenanteil aller im Bundestag vertretenen Parteien, konnte ihn aber zwischen 2013 und 2021 von 15,4 Prozent auf 18,7 Prozent erhöhen und liegt damit in der Nähe der Werte der FDP (2021: 20,1 Prozent) und der CSU (2021: 21,6 Prozent).²¹

Studien zeigen, dass die Anhänger*innen des Rechtsextremismus geeint sind in ihrem Interesse an sozialer Hierarchisierung und rassistischer Dominanz.²² Unterschiede gibt es in Motiven wie in politischen Ausdrucksformen: Rechte Frauen fühlen sich beispielsweise häufig von esoterischen Weltbildern angezogen, die ihre Weiblichkeit mystifizieren und überhöhen. Soweit sich Frauen in rechten Parteien engagieren, heißt das nicht notwendig, dass sie einem patriarchalen Rollenverständnis anhängen. Es gibt auch in rechten Parteien Feminist*innen, die den Feminismus dann aber in ethnische, rassistische oder auch elitaristische Hierarchien eingebunden sehen.²³

Auf diesem Boden ist das Thema Zuwanderung ein wirkungsvolles Vehikel für nationalkonservative und rechtsextreme

Politik, mit dem gezielt auch Frauen angesprochen werden. Sexualisierte Übergriffe, Sexismus und Homophobie „migrantischer Anderer“ (vor allem muslimischer Männer) werden instrumentalisiert, um rassistische Abwehr und ethnisierten Ausschluss von Bevölkerungsgruppen zu rechtfertigen. Hierdurch werden zugleich europäische Gesellschaften als im Hinblick auf Geschlechterverhältnisse und Sexualitäten gleichberechtigt und liberal konstruiert.²⁴ Damit hat der Verweis auf die Gleichberechtigung dann aber ein Ende: Mit der Behauptung, die Gleichstellung sei bereits verwirklicht, werden aktuelle gleichstellungspolitische Forderungen abgewehrt und als übertrieben oder unnatürlich abgewertet. Der Kreis vom Rassismus zum Antifeminismus wird schließlich geschlossen, wenn die „Gender-Ideologie“ zum Grund für die „Verweiblichung“ und damit für die strukturelle Schwächung der Gesellschaft gegenüber dem Bild eines aggressiven Islam und für die demographische und kulturelle Aushöhlung einer als „angestammt“ imaginierten Gesellschaft gemacht wird.²⁵

Die Ablehnung von Zuwanderung wird gerade von der AfD geschickt mit Genderthemen und Antifeminismus gekoppelt; die Partei bedient in Programmatik und Sprache bürgerliche Reflexe genauso wie rechtsextreme. „Willkommenskultur für Kinder: Frauenförderung und Bevölkerungsentwicklung“ heißt

14 Die Abkürzung steht für Lesbians, Gays, Bisexuals, Transgender, Intersex and Queers, das Pluszeichen für weitere, nicht benannte Identitäten.

15 Vgl. dazu Marschütz, Gerhard: Katholische Genderkritik im Gegenwind des kritischen Anspruchs menschenrechtlicher Diskurse, in: Strube, Sonja A. u.a. (Hrsg.): Antigenderismus in Europa. Allianzen von Rechtspopulismus und religiösem Fundamentalismus. Mobilisierung – Vernetzung – Transformation, Bielefeld 2021 (Open Access), S. 241 ff.

16 Gago, Maria Veronica (Fn. 13), S. 79.

17 Fitzgerald, Frances: The Evangelicals. The Struggle to Shape America, New York 2017; Alberta, Tim: The Kingdom, the Power, and the Glory. American Evangelicals in an Age of Extremism, New York 2023.

18 Vatican news: Papst: Gender-Ideologie „löscht Menschlichkeit aus“, Artikel v. 01.03.2024, online: <https://www.vaticannews.va/de/papst/news/2024-03/papst-konferenz-anthropologie-berufungen-kritik-genderideologie.html>.

19 Gago, Maria Veronica (Fn. 13), S. 80, S. 86 ff.

20 Decker, Franz: Wahlergebnisse und Wählerschaft der AfD, Bundesamt für politische Bildung v. 02.12.2022, online: <https://www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/afd/273131/wahlergebnisse-und-waehlerschaft-der-afd/>.

21 Busch, Andreas: Notizen zum Seminar „Frauen in der Politik“, 2024 (unveröffentlicht) mit Hinweis auf Niedermayer, Oskar: Parteimitgliedschaft im Jahre 2021, Zeitschrift für Parlamentsfragen, Baden-Baden 2022, 382 ff.

22 Rommelspacher, Birgit: Frauen und Männer im Rechtsextremismus – Motive, Konzepte und Rollenverständnisse, in: Birs, Ursula (Hrsg.): Rechtsextremismus und Gender, Leverkusen 2011, S. 43 m.w.N.

23 Hierzu ausführlich Rommelspacher, Birgit (Fn. 22), S. 43 ff.; vgl. auch Darby, Seyward: Sisters in Hate. American Women on the Front Lines of White Nationalism, Boston 2020, mit einer faszinierenden Portraitstudie von drei Alt-Right-Anhängerinnen. Eine deutsche Perspektive findet sich bei Sircar, Ruby: Röcke übers Knie, Häubchen im Haar. Zur Bauchlandung des rechten Feminismus, in: Gausele, Elke / Held, Sarah (Hrsg.): Rechte Angriffe – toxische Effekte. Umformierungen extrem Rechter in Mode, Feminismus und Popkultur, Bielefeld 2021, S. 161 ff.

24 Mayer, Stefanie (Fn. 1), S. 45; weiterführend Farris, Sara R.: Feminationalismus. Konvergenzen und ideologische Formationen im Namen der Frauenrechte, in: Gausele, Elke (Fn. 22), S. 107 ff.

25 Mayer, Stefanie (Fn. 1), S. 45 f.

das Kapitel zu „Familie und Bevölkerung“ auf ihrer Website. Während die Überschrift noch die im liberalen bis linken Bürgertum positiv belegten Begriffe der Willkommenskultur und der Frauenförderung zitiert, wird im Text deutlich, dass Sexualität und Körperlichkeit aus dem Privaten herausgeholt und im Politischen verankert werden. Familienpolitik und die Forderung nach dem grundgesetzlich verankerten Staatsziel „Erhalt des Staatsvolks“ werden hier in einem dargeboten. Unterkapitel heißen „Väter stärken“ oder auch „Für ein klares Familienbild – Genderideologie ist verfassungsfeindlich“. Der Kollaps des Privaten in das Öffentliche – und damit der genuin autoritäre, illiberale und antidemokratische Gehalt dieser Position – wird nur semantisch geschickt verpackt, im Grunde aber offen vollzogen.

4. Die Lehre aus *The Handmaid's Tale*

Im Roman „The Handmaid's Tale“ von Margaret Atwood ist die Ehefrau des Mannes, der die Protagonistin als Sexsklavin hält, vor der Einführung der dystopischen Theokratie „Gilead“

selbst politisch aktiv. *Serena Joy*, so ihr Name, tritt für die Etablierung der Theokratie ein, dafür, dass die Familie ein heiliger Ort ist und dass Frauen zu Hause bleiben sollen. Ihre eigene politische Aktivität rechtfertigt sie als Opfer für die Gemein-

Feminist*innen gegen Rechtsextremismus – es gibt keine andere Haltung im demokratischen Verfassungsstaat.

schaft. In Gilead dann ist sie wie alle Frauen vom öffentlichen Leben ausgeschlossen. „How furious she must be, now that she's taken by her word“, kommentiert die Erzählstimme des Romans. Die antifeministische Gesellschaft in ihrer extremen Form in Atwoods Roman hält uns den Spiegel vor. Gleichstellung, Freiheit und politische Partizipation sind in rechten Ideologien nicht zu finden. Feminist*innen gegen Rechtsextremismus – es gibt keine andere Haltung im demokratischen Verfassungsstaat.

DOI: 10.5771/1866-377X-2024-2-50

Die steuerpolitische Agenda der AfD: Ökonomische Nachteile für Frauen

Julia Jirmann

Referentin für Steuerrecht und Steuerpolitik, Netzwerk Steuerpolitik, Berlin

Dr. Ulrike Spangenberg

Forschung und Beratung zu Geschlechtergerechtigkeit im Steuerrecht, Berlin¹

Die Unterstützung der Alternative für Deutschland (AfD) ist seit den letzten Bundestagswahlen 2021 erheblich gestiegen. Bei der Europawahl im Juni 2024 kam die AfD auf fast 16 Prozent der Stimmen und in zahlreichen Landkreisen und Städten sogar auf mehr als 30 Prozent, das gleiche gilt für die Kommunalwahlen.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) befasste sich 2023 mit dem Wahlprogramm der AfD für die letzte Bundestagswahl und dessen Folgen für die Wähler*innen der AfD. Das DIW zeigt dabei einen bemerkenswerten Widerspruch auf: Menschen, die die AfD unterstützen, würden am stärksten unter der Politik der Partei leiden, und zwar in Bezug auf fast jeden Politikbereich: Steuern, Wirtschaft, Klimaschutz, soziale Absicherung, Demokratie und Globalisierung.²

Die Studie des DIW gibt Anlass zu der Frage, wie sich die Umsetzung des Wahlprogramms der AfD auf die Gleichstellung von Frauen und Männern auswirken würde. 2017 waren fast zwei Drittel der AfD-Wählenden männlich (insgesamt 16

Prozent aller Männer). Für das Jahr 2023 ermittelte Forsa, dass 23 Prozent der männlichen Wähler und 15 Prozent der weiblichen Wählerinnen der AfD ihre Stimme geben würden.³ Bei der Europawahl haben das 19 Prozent der Männer und 12 Prozent der Frauen getan.⁴

Gilt für die Frauen, die die AfD wählen, ebenso wie für die AfD-Wähler*innen im Allgemeinen: „be careful what you wish for“?

Einstellungen zur Familie, Einschränkungen des Schwanagerschaftsabbruchs oder das Verbot des „Genders“⁵ sind sehr offensichtlich gleichstellungsrelevant. Aber wie sieht es mit der Steuerpolitik der AfD und deren Auswirkungen auf die (ökonomische) Gleichstellung der Geschlechter aus? Gilt für die Frauen,

¹ Wir danken für Anregungen und Anmerkungen durch Mitglieder der djb-Kommission Recht der sozialen Sicherung, Familienlastenausgleich.

² Fratzscher, Marcel: Das AfD Paradox: Die Hauptleidtragenden wären ihre eigenen Wähler*innen, DIW aktuell, 88/2023, https://www.diw.de/documents/publicationen/73/diw_01.c.879721.de/diw_aktuell_88.pdf (letzter Zugriff für alle Links: 21.06.2024).

³ Ebd. mit entsprechenden Nachweisen.

⁴ So die Tagesschau, online: <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2024-06-09-EP-DE/umfrage-afd.shtml>.

⁵ Die deutsche Sprache ist mit der Verwendung des generischen Maskulinums bereits „gegendarnt“.